

Am 14. August 1947, einen Tag vor der indischen Unabhängigkeitserklärung, erklärte Nagaland seine Unabhängigkeit, optierte in der politischen Praxis jedoch zunächst weiterhin für die Durchsetzung und Anerkennung des mit Hydari unterzeichneten Abkommens, das den Nagas für eine Dauer von zehn Jahren Selbstbestimmung garantierte. 1948 gab es mehrere Zusicherungen der indischen Zentralregierung, sich an dieses Abkommen zu halten; am 3. November 1949 jedoch leugnete der 'Chief'-Minister Assams, Gopinath Bordoloi, bei einem Treffen von NNC-Repräsentanten und einer Regierungsdelegation aus Delhi die Existenz eines solchen Abkommens. Daraufhin beschloß der NNC am 30. Dezember 1949 zum frühest möglichen Zeitpunkt einen unabhängigen, souveränen Staat Nagaland einzurichten.

Seitdem sind alle Versuche einer politischen Lösung dieses Konflikts gescheitert: für die Regierung in Delhi ist Nagaland ein Teil Indiens, die Nagas sehen ihr Land als von Indien besetzt und wollen Unabhängigkeit. Im Laufe der Jahre nahm der Konflikt immer gewalttätigere und blutigere Formen an, und auf beiden Seiten stieg die Zahl der Opfer.

1975 kam es zu der sogenannten Vereinbarung von Shillong ('Shillong Accord') zwischen Teilen des NNC und der Zentralregierung in Delhi. Der damalige NNC-Führer und 'Vater' der Naga-Unabhängigkeitsbewegung, Phizo, stimmte zu, die Waffen niederzulegen und die indische Verfassung zu akzeptieren. Für seine bis dahin engsten Vertrauten, Muivah und Swu bedeutete dies Verrat - sie

"verdammten die Vereinbarung und hielten an ihrer, auf gesicherten historischen Fakten beruhenden, Forderung nach Unabhängigkeit fest", wie es in einer von ihnen selbst verfaßten Broschüre über die Geschichte Nagalands heißt. Muivah und Swu, die sich zum Zeitpunkt des 'Shillong Accords' in Peking aufhielten, um chinesische Unterstützung für ihren Unabhängigkeitskampf zu erbitten, gründeten das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), das seitdem einen Guerillakrieg gegen Indien führt.

Für die indische Regierung ist der NSCN die augenblicklich "gefährlichste Terroristengruppe Indiens", die zusammen mit ihren Verbündeten im Nordosten Indiens für eine Vielzahl von Terroranschlägen verantwortlich gemacht wird - zuletzt unter anderem für einen Anschlag auf den Expreszug 'Brahmaputra Mail', bei dem im Frühjahr etwa 30 indische Armeeangehörige ums Leben kamen (siehe dazu auch 'Südasiens', 1-2/95).

Ende Juli überfiel der NSCN eine Polizeipatrolie in der Nähe von Haflong und erschoss dabei sechs Angehörige der Punjab-Police - als Vertreter des indischen Staates sind diese "Feinde" der Nagas. Durch den Überfall provoziert, wüteten Kameraden der erschossenen Polizisten mehrere Tage in Haflong, zerschlugen Autos, plünderten Geschäfte und schlugen wahllos Passanten zusammen. Erst nach zwei Tagen konnte die Armee die wütenden Polizisten stoppen. Angesichts solcher Vorfälle fällt es dem NSCN leicht, indischen Sicherheitskräften massive Menschenrechtsverletzungen

in Nagaland vorzuwerfen.

Auf die vom NSCN verübten Anschläge (die offenbar immer mehr dazu dienen, solche Menschenrechtsverletzungen zu provozieren) und in der indischen Presse beschriebenen 'Greuelthaten' des NSCN (zum Beispiel im Zusammenhang mit den Kuki-Naga-Konflikten in Manipur - (siehe 'Südasiens', 5-6/93) angesprochen, reagierten Muivah und Swu in ihren Gesprächen in Deutschland mit dem Hinweis auf die indische Propaganda. Da man sich jedoch im Krieg mit Indien befinde, so räumten sie ein, seien auch unschuldige Opfer nicht zu vermeiden. Vehement verteidigten sie die im Juni erneuerten 'Zahlungsbescheide', mit denen Teeplantagen in Assam um die Zahlung von 'Steuern' an die Regierung Nagalands aufgefordert wurden. Wenn diesen Zahlungsaufforderungen nicht Folge geleistet würde, so Muivah, müsse man diesen halt Nachdruck verleihen - schließlich befänden sich die betreffenden Plantagen eigentlich auf Nagaterritorium und seien daher 'steuerpflichtig'.

Beide Positionen sind so verhärtet, daß eine politische Lösung zur Zeit als unmöglich erscheint. Indien hat in verschiedenen Gesprächen für Nagaland einen ähnlichen Status angeboten, wie ihn Bhutan hat - für Muivah und Swu undenkbar. Sie wollen völlige Unabhängigkeit und Selbstbestimmung und sind zuversichtlich, auch als unabhängiger Staat, mit etwa drei Millionen Einwohnern, wirtschaftlich und politisch zwischen Indien, China und Burma überleben zu können.

(Theo Ebberts)

Krise in Kashmir

Die Entführung ausländischer Touristen - die einen vorläufigen traurigen Höhepunkt mit der Ermordung eines Norwegers erreichte - durch separatistische Moslems in Kashmir, hat wieder einmal die internationale Öffentlichkeit auf die Kashmirkrise gelenkt. Die Entführung kam als schwerer Rückschlag für jüngste Friedensbemühungen der Zentralregierung in Delhi, die auch nach der Zerstörung des Moslemheiligtums in Char-e-Sharif noch an ihrem Plan festhielt, im November Wahlen in Kashmir durchzuführen.

Der Zeitpunkt für die Entführungen war von den Extremisten geschickt gewählt worden: kurz nach dem Besuch des us-amerikanischen Botschafters Wisner in Srinagar, dem einige hochrangige Delegationen indischer Politiker aus Delhi folgten. Der Besuch des amerika-

nischen Botschafters hat zu Diskussionen und Spekulationen über amerikanische Interessen in der Krisenregion geführt. Während seines viertägigen Besuchs in der Region achtete Wisner sorgfältig darauf, daß seine Aussagen und Bemerkungen in keinerlei Widerspruch zur indischen Auffassung standen. Wisner führte Gespräche mit Vertretern aller wichtigen politischen Gruppierungen in Kashmir, darunter Yasin Malik, dem Präsidenten der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) und betonte dabei immer wieder, daß die Kashmiris selbst über die zukünftige Stellung Kashmirs befinden müßten.

Für die USA wird Kashmir als internationaler Krisenherd immer wichtiger. Der Besuch Wisners fand unmittelbar nach dem G-7 Treffen in Halifax statt, in dessen Abschlusserklärung Kashmir zum

erstenmal als "wichtige Angelegenheit" bezeichnet wurde. Wisner forderte die Kashmiris auf, sich an den von der Zentralregierung in Delhi angekündigten Wahlen zu beteiligen, da sie eine Möglichkeit böten, die Bevölkerung Kashmirs stärker an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Gleichzeitig wies er jedoch darauf hin, daß die beabsichtigten Wahlen nur ein erster Schritt zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes sein könnten und forderte weitere Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan.

Wisners Besuch folgten die Besuche wichtiger Politiker aus Delhi, u.a. reisten Industrieminister Karunakaran und Finanzminister Manmohan Singh nach Srinagar. Im Gefolge Singhs befanden sich hochrangige Repräsentanten des Banken- und Versicherungsgewerbes,



Indische Jaws in Kashmir (Foto: Meraj-ud-din)

um vor allem auch den Einwohnern des Kashmirtals zu demonstrieren, daß die indische Geschäfts- und Finanzwelt wieder verstärkt an Kashmir interessiert ist.

Doch noch bevor der Besuch des Finanzministers beendet war, schlugen die Kidnapper zum ersten Mal zu, als sie am 5. Juli zwei britische und zwei amerikanische Touristen entführten. Die Kidnapper fordern im Austausch für ihre Geiseln die Freilassung von 21 inhaftierten muslimischen Extremisten - eine Forderung, die auch nach der Ermordung der norwegischen Geisel von der indischen Regierung strikt abgelehnt wird. Diese befindet sich dabei in einer relativ guten Position, kann sie doch auf internationaler Bühne - zumindest indirekt - Pakistan die Verantwortung für die Entführung zuschieben. Die indischen Sicherheitskräfte vermuten hinter der bislang unbekannt Gruppe 'Al Farhang', die sich zu den Entführungen bekannte, die von Pakistan unterstützte Organisation 'Harkat' und fordern die bedingungslose Freilassung der ausländischen Touristen. Die Regierung in Delhi hat außerdem klar gemacht, daß ihre Priorität angesichts der bevorstehenden 'Amarnath Yatra', der jährlichen Hindu-pilgerfahrt zu der Höhle von Amarnath, zur Zeit darin liegt, die Sicherheit der hinduistischen Pilger zu sichern. Verschiedene muslimische Organisationen hatten zu einem Boykott der 'Yatra' aufgerufen und mit Anschlägen gedroht und

diesen Drohungen Ende Juli mit einem Bombenanschlag im Bazarviertel der Stadt Jammu Nachdruck verliehen. Bei dem Bombenanschlag wurden siebzehn Menschen getötet und eine unbekannte Zahl von Bazarbesuchern verletzt. Wenige Tage vor diesem Anschlag explodierte auch in Pahalgam eine Bombe und tötete fünf Menschen. Unter ihnen waren drei Ponyführer, die den Pilgern mit ihren Pferden Transportmöglichkeiten zur Amarnath-Höhle anboten. Für die Einwohner Pahalgams war die Botschaft klar: die militanten Moslems dulden nicht, daß sie die 'Yatra' nutzen, ihre mageren Einkünfte aufzubessern. Sie sind damit ein Beispiel dafür, wie die Einwohner Kashmirs immer mehr zu Opfern werden in einem Kampf zwischen zwei verfeindeten Nachbarn, der im Kashmirtal ausgefochten wird.

Dabei ist jedoch angesichts der jüngsten Entwicklungen längst nicht mehr klar, wer in Kashmir wieviel Einfluß hat und wie die politischen Befehlsstrukturen verlaufen. So wurde die Entführung der ausländischen Touristen von Organisationen wie der 'Jamaat-e-Islami' und der 'Hizbul Mujahideen' scharf verurteilt. Das Vorgehen von 'Al Farhan', so Syed Ali Shah Geelani, Vorsitzender der 'Jamaat-e-Islami', entspreche nicht dem Ethos der Befreiungsbewegungen. In einer seiner äußerst seltenen öffentlichen Stellungnahmen verdammt Syed Salauddin, der Chef der militanten 'Hizbul

Mujahideen' die Entführung, da sie der indischen Regierung die Gelegenheit gebe, auf der internationalen politischen Bühne die Freiheitskämpfer als Terroristen zu brandmarken. Doch alle Appelle aus den Reihen dieser Organisationen und aus Pakistan, die entführten Touristen freizulassen, sind bisher von 'Al Farhan' mißachtet worden und es bleibt weiterhin unklar, wer sich hinter dieser Gruppe verbirgt und von wo sie ihre Instruktionen erhält. Offenbar wird die Situation in Kashmir zunehmend komplexer, die Zahl der Akteure, die im Hintergrund die Fäden ziehen, erhöht sich. Damit aber rückt eine, von der indischen Regierung und gemäßigten muslimischen Kräften angestrebte politische Lösung des Konflikts in immer weitere Ferne.

(Theo Ebberts)